Positionen der Fachgruppe Schulsozialarbeit der GEW BERLIN vom 27.5.2020

(in Ergänzung der Positionen der GEW BERLIN zur Wiedereröffnung von Kita und Schulen vom 27. April 2020)

**Maßnahmepaket zur Wiedereröffnung der Schulen**

Seit vier Wochen findet in den Berliner Schulen – wenn auch begrenzt – wieder Unterricht statt. Dabei wird vor allem dem pädagogischen Personal die alleinige Verantwortung übertragen, die Ansteckungsgefahr mit dem Corona-Virus durch die Durchsetzung von Abstandsregeln und weiteren Hygienevorschriften zu verhindern.

Da insbesondere das Ansteckungs- und Übertragungsverhalten von Kindern bisher nicht verlässlich erforscht ist, wird das pädagogische und weitere Schulpersonal, aber auch die Kinder und deren Familien somit nicht abschätzbaren Ansteckungs- und Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Denn allen muss klar sein:

„*Erzieher\*innen können sich nicht schützen. Pädagogische Arbeit ist mit Abstand, Mundschutz, Händedesinfektion nicht umsetzbar.“* (GEW-Vorsitzende Doreen Siebernik in der PM der GEW Berlin vom 6.4.2020)

Wer in die Schule geht, kommt auch leichter mit dem Virus in Kontakt. Es ist inzwischen klar, dass das Abstandsgebot bei Grundschulkindern in den Spiel- und Pausensituationen sowie auf den Schulwegen kaum durchsetzbar und auch pädagogisch problematisch ist. Deswegen kann dem Personal nicht die alleinige Verantwortung dafür gegeben werden, mit der Durchsetzung von Abstandsregeln wirksam etwas gegen die Ausbreitung des Virus zu tun. Dabei fehlt es in vielen Schulen nach wie vor an Desinfektionsmitteln und der bei abwechselnder Raumnutzung notwendigen Tagesreinigung. Gleichzeitig bedeutet der ausgesetzte und selektive Unterricht für die Kinder eine massive Einschränkung ihres Rechts auf Bildung. Vor all dem werden die Versäumnisse und Fehler der bisherigen Personal-, Haushalts- (u.a. Reinigung), Bau- und Sanierungspolitik durch die Kürzungs- und Privatisierungspolitik der letzten Jahre offenbar wie nie zuvor. Wir fordern deswegen von Senat und Bezirken eine Umkehr dieser Politik im Interesse der Kinder, des Personals und der Eltern. Auch hier darf die Schuldenbremse kein Argument mehr sein, den Schulen das Geld für die notwendigen staatlichen Aufgaben des Bildungs- und Daseinsvorsorgeauftrages vorzuenthalten.

Konkret fordern wir zur Verbesserung der Situation das folgende Maßnahmepaket:

**Arbeits- und Gesundheitsschutz** bedeutet Sicherheit vor Ansteckungen zu haben und Risiken auszuschließen. Deswegen brauchen wir die sofortige Bereitstellung von ausreichenden Desinfektionsmaterialien, Schutzmasken und Schutzkleidungen, letzteres insbesondere bei Kindern, die einen erhöhten Betreuungsbedarf haben. Dies gilt erst recht, wenn die Heranziehung weiterer Klassenstufen und die damit verbundene Aufstockung der Klassenstärken bzw. der Schülerzahlen ein erhöhtes Infektionsrisiko bedeutet. Dabei muss gleichzeitig die sofortige Einführung von Tests für alle Schüler\*innen und das gesamte Schulpersonal in die Wege geleitet werden, um Ansteckungen und Ausbreitungs-Risiken möglichst auszuschließen.

**Personal**: Die fehlenden Vertretungsreserven fallen jetzt vor allem im Lehrer\*innenbereich auf, ebenso die Überalterung wegen der jahrelangen Nichteinstellungen und der wenig attraktiven Tarifpolitik. Aber auch der vom Berliner Senat durch eine verantwortungslose Ausbildungs- und Stellenpolitik erzeugte Erzieher\*innenmangel wird verschärft deutlich: Wenn alle Kinder, die einen Notbetreuungsanspruch haben, auch wirklich in die Schule kommen würden, würde das Personal nicht reichen. Deswegen muss für die Zukunft die Heraufsetzung der Stellenbemessung in den Schulen für das gesamte pädagogische Personal auf 110 % des Bedarfs als Richtschnur gelten.

Weiterhin muss die **Schulsozialarbeit** dringend personell aufgestockt und ihre Bildungs- und Beratungsangebote fest im Schulalltag verankert werden. Dazu gehört die Beendigung der befristeten und prekären Beschäftigungen in der Schulsozialarbeit und ihre Rückführung in den Öffentlichen Dienst. Die Sozialpädagog\*innen müssen fester Bestandteil des Schulteams sein und die Schulentwicklung mitbestimmen und –begleiten.

**Reinigung**: Entsprechend den Forderungen der Initiative „Schule in Not“ ist jetzt der Zeitpunkt für eine umgehende vollständige Rekommunalisierung der Schulreinigung, damit flexibler und direkt auf die notwendigen Reinigungserfordernisse reagiert werden kann unter den tariflichen und arbeitsrechtlichen Bedingungen des TVL/TVÖD, mit mehr Zeit und mehr Personal als bisher.

**Neubau und Sanierung**: Die Pandemie zeigt, wie wichtig die vollständige Kontrolle und Verfügung über die landeseigenen Gebäude, der Abbau des Sanierungsstaus und der Neubau ist. Wir brauchen deswegen jetzt die umgehende Überführung der Schulbauoffensive in die volle finanzielle und politische Verantwortung des Landes Berlin und der Bezirke, d.h. Rücknahme der Auslagerung der Planungs- und Bauaufgaben an die HoWoGe, um weitere Verzögerungen zu vermeiden, und die Einstellung des notwendigen Personals im Landesdienst. Die Aufhebung der Schuldenbremse für die Erhaltung der Öffentlichen Daseinsvorsorge ist berechtigt und geboten und muss auch hier gelten.